demokratie !

3.2025 Magazin für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Soziale Ungleichheit

Steuerdebatte: Die Empfehlungen
S. 6

Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?
S. 16

Sprechen & Zuhören: Drei Erfahrungsberichte
S. 20

Seite 6: Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen: Ergebnisse und Empfehlungen

Seite 20: Sprechen & Zuhören: Wie Dialog demokratische Kultur stärkt

Seite 30: Wohin mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Ein demokratischer Reformvorschlag

Inhalt

4 Demokratie im Sucher: Der Fall der Berliner Mauer

Einblicke

6 Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen: Ergebnisse und Empfehlungen
20 Sprechen & Zuhören – Für eine bessere demokratische Kultur
26 Gut vertreten? Das Forum für Zivilgesellschaft und Politik in Ostdeutschland

Ausblicke

16 Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? – Ein Beschluss
24 Kolumne: Was tun gegen den Demokratie-Kater?
30 Wohin mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Ein demokratischer Reformvorschlag

29 Nachruf auf Dr. Klaus Hahnzog

36 Demokratie kompakt: Meldungen aus dem Kosmos
39 Rezension
40 Neues aus den Landesverbänden
42 Mein demokratisches Erlebnis

43 Service

Fotos: Robert Boden; Adam Sevens; Christoph Hardt/Imago; Titel: monstArrr_/istock

Liebe Leserinnen und Leser,

Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie

erst Krieg, dann Verhandlungen, dann Frieden? Mitte Oktober haben sich Hamas und Israel auf eine Waffenruhe und Beendigung des Krieges verständigt. Eine Erleichterung und Hoffnung für alle Seiten, auch wenn damit der Konflikt nicht gelöst ist. Hoffen wir, dass beide Seiten sich daran halten. Es ist das Ergebnis unendlicher Bemühungen der umliegenden Länder, Brücken zwischen den verfestigten Fronten zu bauen, und auch von Donald Trump.

Am Tag danach erhielt die venezolanische Politikerin Maria Corina Machado den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für die demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes. Sie führt die Demokratiebewegung in Venezuela gegen den autoritären Präsidenten Maduro an. Das Besondere an Machado: Sie gilt als Schlüsselfigur einer einst tief gespaltenen Opposition, die sich durch ihre Forderung nach freien Wahlen wieder vereint hat.

Zwei internationale Ereignisse, die Mut machen, Ausweglosigkeit zu überwinden. Und während Sie diese Zeilen in den Händen halten, liegen diese Ereignisse schon wieder einige Zeit hinter uns.

Was unsere demokratiepolitischen Ziele in Deutschland angeht, sind wir frustriert. Wir haben es mit einer neuen Bundestagspräsidentin zu tun, die mit uns noch nicht einmal über Demokratie und Bürgerräte reden will. Der Bundestag hat die erst vor drei Jahren eingerichtete Stabsstelle für Bürgerräte wieder eingestampft und die Gelder dafür gestrichen. Eben erreicht mich ein persönliches Schreiben der SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Bärbel Bas. Beide schätzen unsere Arbeit sehr, eine unmittelbare Beeinflussung der Entscheidungen war ihnen aber nicht möglich. Sie suchen jetzt nach neuen Wegen, um an der Vereinbarung mit der Union festzuhalten, dass Bürgerräte weiterhin möglich sind. Das ist das politische Spannungsfeld zwischen Absicht und Umsetzung.

Währenddessen setzen wir unsere Arbeit fort. Die von Mehr Demokratie, Bund der Steuerzahler und Netzwerk Steuergerechtigkeit gemeinsam initiierte Steuerdebatte legt ihre Ergebnisse und damit den Beweis vor, dass die Menschen über die Verteilung von Steuergeldern zu urteilen sehr gut in der Lage sind, siehe Seite 6. Darüber hinaus expandiert – aufgrund der großen Nachfrage – unser Bereich Demokratische Kultur mit den Formaten Sprechen & Zuhören und Demokratie Fitness. Und wir freuen uns über die positiven Erfahrungen der Kommune Osterburg mit der Verbindung eines Bürgerrats und eines Bürgerentscheids – erst erarbeitet ein Bürgerrat Empfehlungen, über die dann ein Bürgerentscheid stattfindet. Und ein weiteres Thema beschäftigt uns zunehmend: Wie beeinflusst soziale Ungleichheit die Demokratie? Siehe Seite 16.

Schauen Sie bei uns rein, wir freuen uns auf Sie.

Mit besten Grüßen
Ihre

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

von Karl-Martin Hentschel

Ein Facharbeiter verdient im Jahr netto etwa 27.000 Euro. Der Bundeskanzler verdient netto – ohne seine vielen Nebeneinkünfte – rund 150.000 Euro. Das ist fast das Sechsfache. Arbeitet er so viel mehr? Ist das gerecht? Die meisten Menschen finden: Ja, das ist in Ordnung.

Aber Michael Blume, der VW-Vorsitzende und zugleich bestbezahlte Manager Deutschlands, verdient 5,4 Millionen Euro netto. Das ist 36-mal (!) so viel wie der Bundeskanzler und über zweihundertmal so viel wie ein Facharbeiter. Kann man so viel überhaupt ausgeben? Ist das gerecht? Macht das glücklicher? An dieser Stelle trennen sich die Meinungen.

Und Herr Kühne, einer der reichsten Männer Deutschlands? Der hat 2022 netto 3,3 Milliarden Euro verdient – 3.300 Millionen. Diese Zahl sagt niemandem mehr etwas. Das ist über 600-mal so viel, wie der superreiche VW-Vorsitzende Blume verdient hat, oder so viel wie 20.000 Bundeskanzler oder 120.000 Facharbeiter.

Nehmen wir mal an, ein Facharbeiter wäre sehr sparsam und würde jedes Jahr die Hälfte seines Einkommens auf die hohe Kante legen. Dann müsste er 250.000 Jahre arbeiten, um so viel anzusparen, wie Herr Kühne in einem einzigen Jahr verdient. Zur Erinnerung: Jesus Christus ist vor 2.000 Jahren gestorben. In dieser Zeit hätte der Facharbeiter nicht mal ein Hundertstel des Jahreseinkommens von Herrn Kühne angespart.

Um aber so viel anzusparen, hätte der Facharbeiter bereits drei Millionen Jahre sparen müssen. Das ist zehnmal so lange wie bis zum Beginn der Steinzeit. Damals gab es weder den Homo sapiens noch den Neandertaler – nicht einmal den ältesten aller Urmenschen.

Aber der Reichtum von Kühne entstand nicht durch Sparen. Der Vater von Herrn Kühne hatte im Dritten Reich das Privileg, mit seiner Spedition die Haushalte von 80.000 jüdischen Familien, die ins Exil oder ins KZ gezwungen wurden, zu entsorgen. Das war der Grundstein von Kühne + Nagel, heute die drittgrößte Spedition der Welt. Und Kühne ist kein Sonderfall: Die Hälfte aller Multimillionärsfamilien gehörte schon im Kaiserreich zu den Großvermögenden. Viele haben mit den Nationalsozialisten eng kooperiert und davon profitiert.

Gift für die Demokratie

Heute muss man feststellen: Das System ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Die vier reichsten Familien Deutschlands besitzen mittlerweile mehr Vermögen als die Hälfte der Bevölkerung. Seit 1980 hat sich das Vermögen des reichsten ein Prozents verachtfacht. Der Anteil der ärmeren Hälfte – also von 42 Millionen Menschen – am Vermögen Deutschlands ist von fünf Prozent auf unter zwei Prozent gesunken.

„Ungleichheit ist Gift für die Demokratie" warnt daher Roger de Weck, Ex-Chefredakteur der ZEIT. Denn „Überreichtum verletzt die Idee der politischen Gleichheit" sagt Martin Schütz, Ökonom und Psychologe. Und Professor Harald Trabold glaubt, dass wir auf dem Weg in eine Plutokratie sind. Tatsächlich zeigen empirische Studien, dass Milliardäre eine große politische Macht ausüben. Sie reicht von sanfter, gekaufter Lobbyarbeit der Bertelsmann-Stiftung (kontrolliert von Liz Mohn) bis zu berechnender Machtausübung wie im Fall von Elon Musk. Fast alle großen privaten Fernsehgesellschaften, Social-Media-Plattformen, Filmstudios, Buchverlage, Zeitungen und Zeitschriften sind bereits in den Händen von Milliardären.

Auch die indirekten Wirkungen der Ungleichheit sind bedrohlich. So warnen Verbände davor, dass Ungleichheit Gift für den Klimaschutz ist. Denn die Bereitschaft, sich für die Zukunft zu engagieren und gegebenenfalls Opfer zu bringen, schwindet in einer ungerechten Gesellschaft. Und sie ist auch Gift für den Sozialstaat, stellen die Sozialverbände fest. Denn in einer ohnehin ungerechten Welt, in der es kein Vertrauen mehr in die Demokratie gibt, lohnt sich auch der Kampf um Gerechtigkeit nicht mehr. Es beginnt der Kampf jeder gegen jeden – gegen Einwanderer, gegen Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger und schließlich sogar gegen Obdachlose.

Nun sollte man denken, dass wenigstens die wohlhabenden Schichten von der Ungleichheit profitieren. Aber nicht einmal das ist der Fall. Denn Ungleichheit ist auch Gift für die Wirtschaft. Wie kann das sein? Nun: Was können Milliardäre für ihr Geld kaufen? Sie kaufen vor allem Aktien und Immobilien. Das aber führt zur Inflation der Vermögenspreise und nicht zu den nötigen Investitionen in die Wirtschaft und in die öffentliche Infrastruktur. Damit werden dem ökonomischen Kreislauf Billionen entzogen. Zugleich fehlt dem Staat das Geld, um die nötigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen – und so das Geld wieder in die Wirtschaft zurückzugeben.

Ein Memorandum der christlichen Kirchen Europas von 2025 lautet daher: „Deshalb fordern wir eine demokratische Rückverteilung des Reichtums: durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe." Das kann man nur unterstützen.

Was kann man tun? Ein Blick in die Geschichte

Ein Blick in die Historie hilft: Gerechtigkeit und Umverteilung waren die Grundversprechen der Demokratien seit der Französischen Revolution. Auch beim Sturz des deutschen Kaisers 1918 ging es um Gerechtigkeit. Und tatsächlich gab es Zeiten, in denen umverteilt wurde. Entscheidend dafür waren die beiden schrecklichen Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise 1929. ▸

Der Finanzminister Matthias Erzberger – kein Sozialist, sondern von der katholischen Zentrumspartei – führte 1919 die progressive Einkommen- und Vermögensteuer ein. Die seit 1.000 Jahren angehäuften Vermögen des Adels sollten endlich gerecht besteuert werden. Ein gefährliches Unterfangen: Der konservative, aber sozial eingestellte Minister Erzberger wurde beschimpft, bedroht und schließlich von Rechtsradikalen ermordet. Millionen einfache Menschen gingen damals aus Protest auf die Straße. Seine Mörder setzten sich ins Ausland ab und wurden im Dritten Reich sogar gefeiert. Die Steuern aber wurden trotzdem erhöht – diesmal, um den Krieg zu finanzieren. Die Millionäre jedoch bekamen Privilegien, Zwangsarbeiter und die Ausschaltung der Gewerkschaften.

Nach dem Elend der Weltwirtschaftskrise, dem daraus erwachsenen Zusammenbruch vieler Demokratien und dem Massenmorden im Zweiten Weltkrieg zogen selbst konservative Politiker radikale Schlüsse. Präsident Franklin D. Roosevelt war der Ansicht, dass „kein US-Bürger mehr als 25.000 Dollar verdienen sollte". Das wären heute etwa eine halbe Million Dollar.

Und tatsächlich: Er setzte sich durch. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag der Spitzensteuersatz auf Einkommen in den USA, Großbritannien und Deutschland über 90 Prozent – dazu kamen hohe Vermögen-, Erbschaft- und Körperschaftsteuern. In Deutschland gab es zudem einen Lastenausgleich von 50 Prozent auf alle Realvermögen und eine Abwertung der Geldvermögen um 93,5 Prozent. Über mehrere Jahrzehnte wurde real von oben nach unten umverteilt. Und das Vertrauen in die Demokratien wuchs.

Wichtig war aber, dass diese Politik auch ökonomisch erfolgreich war. Mit den Steuern und Abgaben wurde das zerstörte Europa wieder aufgebaut, die Wirtschaft florierte, die Sozialsysteme schufen Sicherheit, und die Demokratie wurde nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 erstmals zur dominierenden Regierungsform in der Welt.

Aber schon ab 1980 hatte die Kehrtwende begonnen. Mit dem Regierungsantritt von Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurde der Neoliberalismus zur dominierenden Wirtschaftstheorie. Nun begann ein weltweiter Steuersenkungswettlauf, die Märkte wurden wieder dereguliert und die Ungleichheit nahm zu. Mittlerweile erreicht sie in den USA und vielen anderen Ländern ein Ausmaß, das das Vertrauen in die Demokratie weltweit infrage stellt.

Und in Deutschland? 1991 wurde die Börsensteuer abgeschafft. Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Die Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen über 26 Millionen Euro liegt seit 2017 durch Sonderregeln unter zwei Prozent. 1990 waren es noch 30 Prozent – für normale Erben gilt das auch heute noch. Und die Einkommensteuer? Während ein Geringverdiener an Lohnsteuern und Sozialabgaben etwa 40 Prozent zahlt, zahlen Milliardäre wie Frau Klatten, die reichste Frau Deutschlands, aufgrund einer Sonderregel nur noch 1,5 Prozent. Deutschland ist zum Selbstbedienungsladen für Superreiche geworden.

Und die Menschen spüren diese Entwicklung. „Reich ist geil" lautet die Devise. Von gesellschaftlicher Verantwortung wird nicht mehr geredet. Und das hat Auswirkungen. Während in der wohlhabenden Mittelschicht noch 70 Prozent Vertrauen in die Demokratie haben, sind es im ärmeren Teil der Bevölkerung nicht einmal jeder Dritte. Diese Entwicklung ist weltweit zu beobachten. Autokraten werden populär. Seit der Jahrtausendwende nahm die Zahl der Menschen in einigermaßen demokratisch regierten Ländern von über 50 Prozent auf unter 30 Prozent ab.

Die Demokratie ist in Gefahr. Was heißt Umverteilen?

Führende Wirtschaftswissenschaftler wie Thomas Piketty, Gabriel Zucman, Emmanuel Saez oder Josef Stiglitz sind sich mittlerweile einig: Wenn wir diese fatale Entwicklung stoppen wollen, müssen wir wieder umverteilen.

Umverteilen? Kaum jemand macht sich eine Vorstellung davon, was das in der Realität bedeutet. Dazu reicht es nämlich nicht aus, Milliardäre nur so hoch zu belasten wie normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch die von Brasiliens Präsident Lula da Silva vorgeschlagene weltweite Vermögensteuer von zwei Prozent für Milliardäre wäre nur ein kleiner erster Schritt. Sie würde substantiell nichts ändern. Denn die Vermögen der Milliardäre wachsen seit 40 Jahren im Durchschnitt um über sieben Prozent jährlich – und zwar „nach Steuern". Daher würde auch mit der Lula-Steuer die Ungleichheit weiter rasant zunehmen.

Damit wirklich umverteilt wird, brauchen wir – wie in den 1950-er-Jahren – wieder ein Steuersystem, das faktisch Obergrenzen für Vermögen und Einkommen definiert. Wer damals mehr als 250.000 DM (entspricht heute etwa zwei Millionen Euro) verdiente, musste oberhalb dieser Grenze 95 Prozent abgeben – es lohnte sich also nicht, mehr zu verdienen. Man müsste

es auch nicht.
Denn auch damit konnten die Reichen in Saus und Braus leben. Heute liegt die Sparquote der Superreichen bei über 99 Prozent. Sie brauchen das Geld nicht. Denn ein Prozent von drei Milliarden sind immer noch dreißig Millionen. Mit dem restlichen Milliardeneinkommen vergrößern sie nur immer weiter ihr ohnehin riesiges Vermögen.

Und das Gute an einer Besteuerung dieser Vermögen wäre: Damit würden dem Staat die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, um das Sozialsystem, die nötigen Zukunftsinvestitionen und die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft zu finanzieren.

Und wird das nicht zu teuer? Können wir uns das leisten? Schadet das der Wirtschaft?

Zum Glück schadet es nicht – im Gegenteil. Denn das Geld, das der Staat als Steuern einnimmt und dann wieder ausgibt, fließt ja in die Wirtschaft zurück. Und die Menschen, die das Geld bekommen, geben es wieder aus – wie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Maja Göpel, die Ex-Vorsitzende des WBGU – des wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen – sagt dazu: „Eigentum muss seine Grenze dort finden, wo es die Freiheit anderer einschränkt, also zu übermäßiger Machtakkumulation führt.“ Bill Gates sah das ähnlich: „Die Erbschaftsteuer sollte bei Erbschaften auf hohem Niveau bei über 90 Prozent liegen.“ (Interview mit Johanna Jürgens und Roman Pletter in der ZEIT Nr. 6/2025). Und was sagte der Urvater der Liberalen? „Gerade die Anerkennung des Leistungsprinzips muss zu einer Beschränkung des Vermögens beitragen. Und nicht zuletzt gefährdet die Reichtumskonzentration die Freiheit einer Gesellschaft.“ (John Stuart Mill, Vordenker des Liberalismus, 1857)

Was bedeutet das für Mehr Demokratie e. V.?

Die Bundesmitgliederversammlung von Mehr Demokratie e. V. hat im Mai 2025 einen wegweisenden Beschluss zum Thema Ungleichheit und Demokratie gefasst. Darin heißt es:

Denkbare politische Schritte sind:

- Zielvorgaben für das Steuer- und Sozialsystem in die Verfassung aufnehmen, zum Beispiel eine Begrenzung der Vermögenskonzentration, eine Beschränkung der Spanne der Einkommen und ein maximaler Index für Ungleichheit.
- Regeln, die eine angemessene Repräsentation von benachteiligten Gruppen in politischen Ämtern und Gremien sicherstellen.
- Gezielte Ausstattung der Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen mit Mitteln für die Förderung benachteiligter Menschen.
- Stärkung der Demokratie in der Wirtschaft, damit die Menschen dort, wo die materiellen Grundlagen der Gesellschaft erarbeitet werden, mehr Demokratie erfahren und lernen.
- Steigerung der Attraktivität und der Möglichkeit politischer Partizipation aller Bevölkerungsgruppen.

Als ersten Schritt hat Mehr Demokratie zusammen mit dem Bund der Steuerzahler und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit einen kleinen Bürgerrat organisiert, die „Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen“, die 13 Forderungen an die Politik übergeben hat – darunter eine volle Besteuerung von Erbschaften über 26 Millionen und eine Besteuerung von Kapitaleinkommen wie Arbeitseinkommen.

Mittlerweile hat sich bundesweit eine Allianz „Vermögen besteuern jetzt“ gebildet. Zu der gehören Gewerkschaften wie der DGB, Verdi und die GEW – Sozialverbände wie die AWO, der Paritätische, der Sozialverband Deutschland und der Sozialverband VdK – kirchliche Organisationen wie Brot für die Welt und Miserior – Umweltverbände wie Greenpeace, die Klima-Allianz und 350.org sowie einschlägige NGOs wie das Netzwerk Steuergerechtigkeit, Attac, Oxfam und die Millionärsinitiative Taxmenow.

Wir würden uns freuen, wenn Mehr Demokratie sich an dieser Allianz beteiligt. /

Karl-Martin Hentschel
ist Mathematiker, war viele Jahre im Bundesvorstand von Mehr Demokratie und ist Mitglied bei Attac. 2024 hat er ein Buch mit dem Titel „Steuer-Revolution! Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz“ veröffentlicht.

Illustration: Planet Flem/istock

Sprechen & Zuhören: Wie Dialog demokratische Kultur stärkt

Demokratie braucht das Gespräch. Doch in einer Zeit wachsender Spannungen wird echtes Zuhören zur Seltenheit. Unser Dialogformat Sprechen & Zuhören schafft Räume, in denen Menschen sich wieder begegnen können. Drei Gastgeberinnen berichten.

von Grit Bümann

Unsere Demokratie lebt vom Gespräch – nicht nur in Parlamenten, sondern im alltäglichen Miteinander. Zugleich erleben wir Vertrauensverluste, affektive Polarisierung, fragmentierte Öffentlichkeiten und harte Sachkonflikte. Oft fehlen Orte, an denen Erfahrungen, Emotionen und Perspektivwechsel Raum finden.

Genau hier setzt Sprechen & Zuhören (S&Z) von Mehr Demokratie an: ein bewusst schlichtes Dialogformat, das Gleichwertigkeit herstellt und spürbar macht. Vier Menschen, drei Runden, je vier Minuten Sprechzeit – die anderen hören zu, ohne zu unterbrechen. Der klare Rahmen schafft Orientierung und Verlässlichkeit. So werden nicht nur Argumente hörbar, sondern Lebenswirklichkeiten, Zweifel und Haltungen. Das Ergebnis: mehr Empathie, Gelassenheit, Zuversicht und die Erfahrung, dass demokratische Verständigung eingeübt werden kann.

Wir organisieren S&Z-Dialoge bundesweit und fördern zugleich Selbstorganisation – mit Fortbildungen, die jede und jeder nutzen kann, um S&Z eigenständig anzubieten. 2025 haben über 700 Menschen an den eintägigen Fortbildungen teilgenommen. Neben mehr als 80 von Mehr Demokratie initiierten Dialogen fanden rund 150 S&Z-Veranstaltungen aus der Community of Practice, unserem Netzwerk aus S&Z-Moderatorinnen und -Moderatoren, statt. Unser Ziel ist eine S&Z-Bewegung, die überall dort entsteht, wo mindestens vier Menschen bereit sind, einander wirklich zuzuhören.

Sprechen & Zuhören auf einen Blick

- Ziel: Begegnung auf Augenhöhe; Gleichwertigkeit durch gleiche Redezeit; Verstehen statt Debatte.
- Ablauf: Vierergruppe, drei Runden, eine Leitfrage; pro Runde vier Minuten Sprechzeit, die anderen hören ohne Zwischenfragen zu; kurzer Austausch im Plenum.
- Rahmen: Sichtbare Regeln, Ein- und Auschecken, Vertraulichkeit; Stille darf sein.
- Wirkung: Mehr Empathie, klarere eigene Haltung, Zuversicht; hilft, voreilige Vereinfachungen zu überwinden und gemeinsame Bezüge zu finden.

Foto: Adam Sevens

Charlotte Weber – Gastgeberin der „Demokratie-Dienstage“ in Freiburg

Ehemalige Lehrerin (Deutsch, Politik, Geschichte, Ethik), seit Jahrzehnten in Freiburg. Als Mitglied von Mehr Demokratie bietet sie S&Z in der Stadtbibliothek an – regelmäßig und gut vernetzt.

Warum organisierst du S&Z?

Transformation wurde für mich explizit ein Thema, als ich vor etwa acht Jahren die *Pioneers of Change* kennenlernte. Ein „Kulturwandel“ auf allen Ebenen war nicht länger nur ein Kopfwunsch, sondern eine reale Möglichkeit mit einer Vielzahl von neuen Methoden, Perspektiven und Begegnungsformen. Während ich meinen hungrigen Geist mit einer Menge Wissen fütterte, trainierte ich ganz praktisch neue Formen der Begegnung, neue Gesprächsformate und vor allem herausfordernde Perspektivwechsel. Und seit es das Format Sprechen & Zuhören gibt, beteilige ich mich online an dem besonderen Austausch zu gesellschaftspolitischen Themen. Diese Begegnungen bedeuteten für mich eine Übertragung und Ausweitung der mir inzwischen vertrauten neuen Gesprächskultur in den gesellschaftspolitischen Raum hinein.

Was passiert in den Runden – welche Momente bleiben?

Als Moderatorin kann ich nicht in die Sprechenden hineinsehen, sondern nur erahnen, welche inneren Prozesse ablaufen. Und so sind es oft die „leisen“ Wendepunkte, die nachhaltige Wirkung zeigen. Zweimal flossen Tränen – weshalb seither auch Kleenex-Tücher zum Equipment gehören. Einige Runden waren so intensiv und berührend, dass ich mir Tonaufnahmen gewünscht hätte, um sie Politikerinnen und Politikern vorspielen zu können. Eine junge Frau, die mehrfach hintereinander teilnahm, berichtete, dass sie in ihrer Familie eine Art Familienrat nach diesem Setting angeregt und bereits durchgeführt habe. Und bei allen Treffen formulieren Teilnehmende auch ihre Absicht, in persönlichen Handlungsfeldern wirksamer zu werden. ▸

Welche Wirkung nimmst du wahr?
Der bleibende Eindruck eines jeden Dialogs bezieht sich selten auf das Thema, das im Fokus steht, sondern auf das persönliche Erleben, auf die neue Erfahrung, auf das Gefühl des Gesehen-, Gehört- und Verstandenwerdens – verbunden mit einem Gefühl der Dankbarkeit, dass das Format angeboten wird. Für mich bedeutet es reale Friedensarbeit.

Tipps von Charlotte Weber

- Regeln und Leitfrage sichtbar machen – Orientierung gibt Sicherheit.
- Ein- und Auschecken konsequent nutzen – erdet und fördert Reflexion.
- Ressourcen teilen: Netzwerke aktivieren und die Kompetenzen der Mitglieder nutzen.

Mareike gr. Darrelmann – Konfliktcoach & Community-Builderin in Viersen

Selbstständige Business- und Konfliktcoach (17 Jahre) in Viersen (NRW). Als Mitglied von Mehr Demokratie organisiert sie Sprechen & Zuhören (S&Z) ehrenamtlich an verschiedenen Orten ihrer Stadtgesellschaft und NRW-weit.

Was hat dich motiviert?
Ich habe mir 2024 die Frage gestellt: „Was würde passieren, wenn sich alle Menschen gehört und gesehen fühlen?" Als Konfliktcoach erlebe ich in der Konfliktbegleitung diese *magic moments*, wenn durch echtes Zuhören auf einmal gegenseitiges Verstehen und Verständnis wieder Raum – und damit eine Chance – bekommt. Und genau davon wollte ich mehr. Ich habe mich dann auf die Suche gemacht, welche Angebote es bereits gibt. Nach ein paar Monaten Recherche bin ich auf Sprechen & Zuhören von Mehr Demokratie e. V. gestoßen und habe sofort gespürt: „Das ist es."

Welche Begegnung hat dich besonders bewegt?
In einer der letzten Veranstaltungen, die ich moderiert habe, waren zwei Teilnehmende mit einer psychischen Beeinträchtigung dabei. Ich hatte im Vorfeld mit der pädagogischen Betreuerin darüber gesprochen, ob S&Z wirklich für alle Menschen geeignet ist. Wir waren uns beide einig: Ja. Es war wunderschön zu erleben, wie Komfortzonen auf allen Seiten verlassen wurden und sich für alle Beteiligten im Gesprächskreis ganz neue (Lebens-)Welten auftaten.

Was bewirkt S&Z?
Ein besonderes Aha-Erlebnis hatte ich selbst, als ein Teilnehmer sagte: „Sprechen & Zuhören ist Gleichberechtigung. Denn jede Person bekommt ihre vier Minuten – ob sie in der Zeit redet oder schweigt." Und genau so ist es. Wie oft erlebe ich, dass die Lauten und Extrovertierten sicht- und hörbarer sind und die Stillen und Introvertierten sich weniger Raum in Diskussionen, in Gesprächen und damit auch in der Gesellschaft nehmen – und dadurch weniger Gehör finden. Beim Dialogformat Sprechen & Zuhören haben alle die gleiche Zeit – und auch wenn du innehältst, bedeutet das nicht den Startschuss für jemand anderes.

Tipps von Mareike gr. Darrelmann

- Mit Netzwerken starten: etwa Ehrenamtsakademie, VHS, Schulen, Kommunalstellen.
- Rahmen klar erklären: drei Runden, eine Leitfrage, vier-Minuten-Slots, keine Kommentare beim Zuhören.
- Aufgaben verteilen: Partner übernehmen Location und Organisation, der Host konzentriert sich auf die Moderation.

Antje Hinz – Wissenschaftsjournalistin & Prozessbegleiterin im Norden

Seit 35 Jahren Wissenschaftsjournalistin und Medienproduzentin (u. a. 15 Jahre bei der ARD), seit rund acht Jahren Prozessbegleiterin. Als Mitglied von Mehr Demokratie e. V. moderiert sie S&Z ehrenamtlich in Norddeutschland.

Warum S&Z?

Als Prozessbegleiterin beobachte ich häufig, dass Missverständnisse zu Vorurteilen und Zerwürfnissen führen. Statt Mitmenschen direkt zu fragen und sich so Gewissheit über ihr Denken und ihre Motivation zu verschaffen, stehen dem Miteinander oft Vermutungen und Annahmen im Weg. S&Z ist ein geeignetes Format, um Menschen direkt ins Gespräch zu bringen. Ich erlebe dies immer wieder, wenn ich einen Dialog moderiere. So begleite ich zum Beispiel Klimaschützerinnen und Klimaschützer und Landwirtinnen und Landwirte mit der Leitfrage: „Wie geht es dir mit der Landwirtschaft hier in deiner Region in Niedersachsen?" In den neuen Bundesländern bringe ich Altbürgerinnen und Altbürger und Zugezogene zusammen – ebenso wie ehrenamtlich Tätige, etwa in Gedenkstätten. Demokratie entsteht im täglichen Miteinander.

Welche Erfahrung hat dich geprägt?

Berührt haben mich mehrere S&Z-Veranstaltungen mit Klimaschützerinnen und Klimaschützern sowie Landwirtinnen und Landwirten. Ich habe anfangs nicht für möglich gehalten, dass sich die beiden – sehr konträren – Lager im Ergebnis annähern würden. Ich erinnere mich an eine Wortmeldung: „So habe ich das bisher noch nie gesehen." Inzwischen planen die Beteiligten nachhaltige Aktionen, um abseits populistischer Slogans zu zeigen, wo es Schnittstellen zwischen Landwirtschaft und Klimaschutz gibt.

Was bewirkt das Format?

Mich berührt die Erfahrung, wie sich anfängliche Skepsis von Runde zu Runde in Empathie wandelt. Empathisch zu sein, ist eine Grundzutat für unser demokratisches Zusammenleben im Alltag. Mit S&Z rücken wir enger zusammen. Wir schenken einander Zeit, volle Aufmerksamkeit und bringen uns Wertschätzung entgegen – mit dem Ergebnis, eine andere Position oder Meinung auszuhalten, den Menschen dahinter zu sehen und zu akzeptieren. Diese Transformationskraft von S&Z überzeugt mich bei jeder Veranstaltung aufs Neue.

Tipps von Antje Hinz

- Klein anfangen: Schon vier Menschen genügen – Familie, Haus, Nachbarschaft, Verein.
- Leitfrage lebensnah formulieren – persönlich andockbar, ohne Hürden.
- Mut und Vorstellungskraft nutzen – ein Bild vom „Danach" teilen, um es mitzunehmen.

Sprechen & Zuhören ist einfach und wirksam. Der klare Rahmen schützt, die gleich verteilte Zeit schafft Fairness, Stille hat Wert. Nicht der Konsens zählt, sondern die Begegnung auf Augenhöhe. Die Erfahrungen aus Freiburg, Viersen und Norddeutschland belegen: Mitglieder von Mehr Demokratie e. V. tragen das Format ehrenamtlich in die Gesellschaft – niedrigschwellig, inklusiv, überall anschlussfähig.

Wer jetzt selbst starten möchte, findet Ablauf und Rahmen in der Infobox oben sowie Materialien, Termine und Unterstützung auf unseren Projektseiten. Ein Beispiel dafür, wie sich S&Z regional verankert, ist Dinslaken: Dort wächst eine lokale Praxis mit regelmäßigen Runden und neuen Partnern. Informationen und Kontakt unter ▶ **sundz-din.de /**

Alle Infos zu unserem Dialogformat Sprechen & Zuhören:
▶ www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur/sprechen-zuhoeren

Grit Bümann
ist Projektmitarbeiterin bei Demokratische Kultur im Team Sachsen-Anhalt.

Sprechen & Zuhören: Wie Dialog demokratische Kultur stärkt

Demokratie braucht das Gespräch. Doch in einer Zeit wachsender Spannungen wird echtes Zuhören zur Seltenheit. Unser Dialogformat Sprechen & Zuhören schafft Räume, in denen Menschen sich wieder begegnen können. Drei Gastgeberinnen berichten.

von Grit Bümann

Unsere Demokratie lebt vom Gespräch – nicht nur in Parlamenten, sondern im alltäglichen Miteinander. Zugleich erleben wir Vertrauensverluste, affektive Polarisierung, fragmentierte Öffentlichkeiten und harte Sachkonflikte. Oft fehlen Orte, an denen Erfahrungen, Emotionen und Perspektivwechsel Raum finden.

Genau hier setzt Sprechen & Zuhören (S&Z) von Mehr Demokratie an: ein bewusst schlichtes Dialogformat, das Gleichwertigkeit herstellt und spürbar macht. Vier Menschen, drei Runden, je vier Minuten Sprechzeit – die anderen hören zu, ohne zu unterbrechen. Der klare Rahmen schafft Orientierung und Verlässlichkeit. So werden nicht nur Argumente hörbar, sondern Lebenswirklichkeiten, Zweifel und Haltungen. Das Ergebnis: mehr Empathie, Gelassenheit, Zuversicht und die Erfahrung, dass demokratische Verständigung eingeübt werden kann.

Wir organisieren S&Z-Dialoge bundesweit und fördern zugleich Selbstorganisation – mit Fortbildungen, die jede und jeder nutzen kann, um S&Z eigenständig anzubieten. 2025 haben über 700 Menschen an den eintägigen Fortbildungen teilgenommen. Neben mehr als 80 von Mehr Demokratie initiierten Dialogen fanden rund 150 S&Z-Veranstaltungen aus der Community of Practice, unserem Netzwerk aus S&Z-Moderatorinnen und -Moderatoren, statt. Unser Ziel ist eine S&Z-Bewegung, die überall dort entsteht, wo mindestens vier Menschen bereit sind, einander wirklich zuzuhören.

Sprechen & Zuhören auf einen Blick

- Ziel: Begegnung auf Augenhöhe; Gleichwertigkeit durch gleiche Redezeit; Verstehen statt Debatte.
- Ablauf: Vierergruppe, drei Runden, eine Leitfrage; pro Runde vier Minuten Sprechzeit, die anderen hören ohne Zwischenfragen zu; kurzer Austausch im Plenum.
- Rahmen: Sichtbare Regeln, Ein- und Auschecken, Vertraulichkeit; Stille darf sein.
- Wirkung: Mehr Empathie, klarere eigene Haltung, Zuversicht; hilft, voreilige Vereinfachungen zu überwinden und gemeinsame Bezüge zu finden.

Foto: Adam Sevens

Charlotte Weber – Gastgeberin der „Demokratie-Dienstage“ in Freiburg

Ehemalige Lehrerin (Deutsch, Politik, Geschichte, Ethik), seit Jahrzehnten in Freiburg. Als Mitglied von Mehr Demokratie bietet sie S&Z in der Stadtbibliothek an – regelmäßig und gut vernetzt.

Warum organisierst du S&Z?

Transformation wurde für mich explizit ein Thema, als ich vor etwa acht Jahren die *Pioneers of Change* kennenlernte. Ein „Kulturwandel“ auf allen Ebenen war nicht länger nur ein Kopfwunsch, sondern eine reale Möglichkeit mit einer Vielzahl von neuen Methoden, Perspektiven und Begegnungsformen. Während ich meinen hungrigen Geist mit einer Menge Wissen fütterte, trainierte ich ganz praktisch neue Formen der Begegnung, neue Gesprächsformate und vor allem herausfordernde Perspektivwechsel. Und seit es das Format Sprechen & Zuhören gibt, beteilige ich mich online an dem besonderen Austausch zu gesellschaftspolitischen Themen. Diese Begegnungen bedeuteten für mich eine Übertragung und Ausweitung der mir inzwischen vertrauten neuen Gesprächskultur in den gesellschaftspolitischen Raum hinein.

Was passiert in den Runden – welche Momente bleiben?

Als Moderatorin kann ich nicht in die Sprechenden hineinsehen, sondern nur erahnen, welche inneren Prozesse ablaufen. Und so sind es oft die „leisen“ Wendepunkte, die nachhaltige Wirkung zeigen. Zweimal flossen Tränen – weshalb seither auch Kleenex-Tücher zum Equipment gehören. Einige Runden waren so intensiv und berührend, dass ich mir Tonaufnahmen gewünscht hätte, um sie Politikerinnen und Politikern vorspielen zu können. Eine junge Frau, die mehrfach hintereinander teilnahm, berichtete, dass sie in ihrer Familie eine Art Familienrat nach diesem Setting angeregt und bereits durchgeführt habe. Und bei allen Treffen formulieren Teilnehmende auch ihre Absicht, in persönlichen Handlungsfeldern wirksamer zu werden. ▸

Welche Wirkung nimmst du wahr?
Der bleibende Eindruck eines jeden Dialogs bezieht sich selten auf das Thema, das im Fokus steht, sondern auf das persönliche Erleben, auf die neue Erfahrung, auf das Gefühl des Gesehen-, Gehört- und Verstandenwerdens – verbunden mit einem Gefühl der Dankbarkeit, dass das Format angeboten wird. Für mich bedeutet es reale Friedensarbeit.

Tipps von Charlotte Weber

- Regeln und Leitfrage sichtbar machen – Orientierung gibt Sicherheit.
- Ein- und Auschecken konsequent nutzen – erdet und fördert Reflexion.
- Ressourcen teilen: Netzwerke aktivieren und die Kompetenzen der Mitglieder nutzen.

Mareike gr. Darrelmann – Konfliktcoach & Community-Builderin in Viersen

Selbstständige Business- und Konfliktcoach (17 Jahre) in Viersen (NRW). Als Mitglied von Mehr Demokratie organisiert sie Sprechen & Zuhören (S&Z) ehrenamtlich an verschiedenen Orten ihrer Stadtgesellschaft und NRW-weit.

Was hat dich motiviert?
Ich habe mir 2024 die Frage gestellt: „Was würde passieren, wenn sich alle Menschen gehört und gesehen fühlen?" Als Konfliktcoach erlebe ich in der Konfliktbegleitung diese *magic moments*, wenn durch echtes Zuhören auf einmal gegenseitiges Verstehen und Verständnis wieder Raum – und damit eine Chance – bekommt. Und genau davon wollte ich mehr. Ich habe mich dann auf die Suche gemacht, welche Angebote es bereits gibt. Nach ein paar Monaten Recherche bin ich auf Sprechen & Zuhören von Mehr Demokratie e. V. gestoßen und habe sofort gespürt: „Das ist es."

Welche Begegnung hat dich besonders bewegt?
In einer der letzten Veranstaltungen, die ich moderiert habe, waren zwei Teilnehmende mit einer psychischen Beeinträchtigung dabei. Ich hatte im Vorfeld mit der pädagogischen Betreuerin darüber gesprochen, ob S&Z wirklich für alle Menschen geeignet ist. Wir waren uns beide einig: Ja. Es war wunderschön zu erleben, wie Komfortzonen auf allen Seiten verlassen wurden und sich für alle Beteiligten im Gesprächskreis ganz neue (Lebens-)Welten auftaten.

Was bewirkt S&Z?
Ein besonderes Aha-Erlebnis hatte ich selbst, als ein Teilnehmer sagte: „Sprechen & Zuhören ist Gleichberechtigung. Denn jede Person bekommt ihre vier Minuten – ob sie in der Zeit redet oder schweigt." Und genau so ist es. Wie oft erlebe ich, dass die Lauten und Extrovertierten sicht- und hörbarer sind und die Stillen und Introvertierten sich weniger Raum in Diskussionen, in Gesprächen und damit auch in der Gesellschaft nehmen – und dadurch weniger Gehör finden. Beim Dialogformat Sprechen & Zuhören haben alle die gleiche Zeit – und auch wenn du innehältst, bedeutet das nicht den Startschuss für jemand anderes.

Tipps von Mareike gr. Darrelmann

- Mit Netzwerken starten: etwa Ehrenamtsakademie, VHS, Schulen, Kommunalstellen.
- Rahmen klar erklären: drei Runden, eine Leitfrage, vier-Minuten-Slots, keine Kommentare beim Zuhören.
- Aufgaben verteilen: Partner übernehmen Location und Organisation, der Host konzentriert sich auf die Moderation.

Antje Hinz – Wissenschaftsjournalistin & Prozessbegleiterin im Norden

Seit 35 Jahren Wissenschaftsjournalistin und Medienproduzentin (u. a. 15 Jahre bei der ARD), seit rund acht Jahren Prozessbegleiterin. Als Mitglied von Mehr Demokratie e. V. moderiert sie S&Z ehrenamtlich in Norddeutschland.

Warum S&Z?

Als Prozessbegleiterin beobachte ich häufig, dass Missverständnisse zu Vorurteilen und Zerwürfnissen führen. Statt Mitmenschen direkt zu fragen und sich so Gewissheit über ihr Denken und ihre Motivation zu verschaffen, stehen dem Miteinander oft Vermutungen und Annahmen im Weg. S&Z ist ein geeignetes Format, um Menschen direkt ins Gespräch zu bringen. Ich erlebe dies immer wieder, wenn ich einen Dialog moderiere. So begleite ich zum Beispiel Klimaschützerinnen und Klimaschützer und Landwirtinnen und Landwirte mit der Leitfrage: „Wie geht es dir mit der Landwirtschaft hier in deiner Region in Niedersachsen?" In den neuen Bundesländern bringe ich Altbürgerinnen und Altbürger und Zugezogene zusammen – ebenso wie ehrenamtlich Tätige, etwa in Gedenkstätten. Demokratie entsteht im täglichen Miteinander.

Welche Erfahrung hat dich geprägt?

Berührt haben mich mehrere S&Z-Veranstaltungen mit Klimaschützerinnen und Klimaschützern sowie Landwirtinnen und Landwirten. Ich habe anfangs nicht für möglich gehalten, dass sich die beiden – sehr konträren – Lager im Ergebnis annähern würden. Ich erinnere mich an eine Wortmeldung: „So habe ich das bisher noch nie gesehen." Inzwischen planen die Beteiligten nachhaltige Aktionen, um abseits populistischer Slogans zu zeigen, wo es Schnittstellen zwischen Landwirtschaft und Klimaschutz gibt.

Was bewirkt das Format?

Mich berührt die Erfahrung, wie sich anfängliche Skepsis von Runde zu Runde in Empathie wandelt. Empathisch zu sein, ist eine Grundzutat für unser demokratisches Zusammenleben im Alltag. Mit S&Z rücken wir enger zusammen. Wir schenken einander Zeit, volle Aufmerksamkeit und bringen uns Wertschätzung entgegen – mit dem Ergebnis, eine andere Position oder Meinung auszuhalten, den Menschen dahinter zu sehen und zu akzeptieren. Diese Transformationskraft von S&Z überzeugt mich bei jeder Veranstaltung aufs Neue.

Tipps von Antje Hinz

- Klein anfangen: Schon vier Menschen genügen – Familie, Haus, Nachbarschaft, Verein.
- Leitfrage lebensnah formulieren – persönlich andockbar, ohne Hürden.
- Mut und Vorstellungskraft nutzen – ein Bild vom „Danach" teilen, um es mitzunehmen.

Sprechen & Zuhören ist einfach und wirksam. Der klare Rahmen schützt, die gleich verteilte Zeit schafft Fairness, Stille hat Wert. Nicht der Konsens zählt, sondern die Begegnung auf Augenhöhe. Die Erfahrungen aus Freiburg, Viersen und Norddeutschland belegen: Mitglieder von Mehr Demokratie e. V. tragen das Format ehrenamtlich in die Gesellschaft – niedrigschwellig, inklusiv, überall anschlussfähig.

Wer jetzt selbst starten möchte, findet Ablauf und Rahmen in der Infobox oben sowie Materialien, Termine und Unterstützung auf unseren Projektseiten. Ein Beispiel dafür, wie sich S&Z regional verankert, ist Dinslaken: Dort wächst eine lokale Praxis mit regelmäßigen Runden und neuen Partnern. Informationen und Kontakt unter ▶ **sundz-din.de /**

Alle Infos zu unserem Dialogformat Sprechen & Zuhören:
▶ www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur/sprechen-zuhoeren

Grit Bümann
ist Projektmitarbeiterin bei Demokratische Kultur im Team Sachsen-Anhalt.

Unabhängige Medien – das Rückgrat unserer Demokratie

Wem gehört der öffentlich-rechtliche Rundfunk – den Parteien oder den Bürgerinnen und Bürgern? Wir sagen: Er gehört uns allen. Deshalb schlagen wir Reformen vor und möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen.

von Karl-Juergen Hanßmann

Warum freie Medien unverzichtbar sind

Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen sich frei informieren und austauschen können. Die meisten für sie wichtigen Ereignisse erleben Bürgerinnen und Bürger nicht direkt, sondern erfahren davon über die Medien. Umso wichtiger sind glaubwürdige Nachrichtenquellen und ein Rundfunk, der unabhängig von parteipolitischen und kommerziellen Interessen arbeitet. Genau deshalb setzt sich Mehr Demokratie mit diesem Thema auseinander.

Grenzen privatwirtschaftlicher Medien

Privat organisierte Medien genießen ein hohes Maß an Freiheit. Jede Zeitung und jeder Privatsender darf eine eigene politische Ausrichtung haben. Der Markt soll sicherstellen, dass es in diesem Bereich unterschiedliche Stimmen gibt. Doch das allein reicht nicht aus – fast alle privaten Anbieter sind in erster Linie von kommerziellen Interessen geleitet.

Die besondere Rolle des Öffentlich-Rechtlichen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine besondere Rolle. Finanziert durch Gebühren, soll er die Vielfalt an Meinungen abbilden – aber nicht selbst Meinung machen. Sein Auftrag ist es, Informationen bereitzustellen und Debatten zu ermöglichen – so neutral wie möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu klargestellt: Meinungsvielfalt bedeutet, dass auch Minderheiten eine faire Chance haben müssen, gehört zu werden.

Kritik und aktuelle Debatten

Dennoch steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland erneut in der Kritik. Immer wieder wird ihm politische Schlagseite vorgeworfen. Jüngst sorgte die Trennung des Norddeutschen Rundfunks von seiner Moderatorin Julia Ruhs für hitzige öffentliche Debatten.

Reformbedarf und Chancen

Dabei ist klar: Ein unabhängiger Rundfunk gehört zu den Grundpfeilern einer modernen Demokratie. Wir brauchen ein Medienangebot, das sich nicht von Regierungen, Parteien oder Lobbygruppen vereinnahmen lässt. Unsere Hoffnung ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach durchgreifenden Reformen als staatsfernes, konzernunabhängiges und professionelles Angebot einen wichtigen, tatsächlich neutralen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leisten kann.

Ein Diskussionspapier als Impuls

Auf der Bundesmitgliederversammlung 2025 in Köln wurde dazu ein Diskussionspapier beschlossen. Es entstand in der Arbeitsgruppe zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die dafür Elemente aus dem bei Mehr Demokratie entwickelten „Direkte-Demokratie-Werkzeugkasten“ nutzte. Der Bundesvorstand hat dieses Papier anschließend redaktionell und an einzelnen Stellen auch inhaltlich weiterentwickelt. Mit diesem Text möchten wir – unseres Wissens zum ersten Mal – eine breite Diskussion darüber anstoßen, welche Chancen eine direktdemokratische Verfasstheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eröffnen könnte.

Einladung zur Diskussion

Dazu laden wir ein: Bringen Sie sich ein, teilen Sie Ihre Gedanken, üben Sie Kritik. Nur gemeinsam können wir einen Rundfunk gestalten, der seiner demokratischen Aufgabe gerecht wird. /

Auf den Punkt gebracht

Warum Reformen nötig sind

- Medien sind entscheidend für Meinungsbildung und Demokratie.
- Private Anbieter sind stark von kommerziellen Interessen geprägt.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht unter Druck und in der Kritik.

Was wir erreichen wollen

- Einen Rundfunk, der staatsfern, unabhängig und professionell arbeitet.
- Mehr Transparenz und Vielfalt – auch für Minderheitenmeinungen.
- Eine breite Diskussion über direktdemokratische Strukturen im Rundfunk.

Unser Impuls

- Diskussionspapier auf der Bundesmitgliederversammlung 2025 beschlossen.
- Vom Bundesvorstand redaktionell und inhaltlich weiterentwickelt.
- Einladung an die Zivilgesellschaft: Bringen Sie sich ein!

Foto: Christoph Hardt/Imago

Zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – ein Diskussionspapier

Beschlossen vom Bundesvorstand am 6. September 2025, erarbeitet von der AG „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk“

Einleitung von Karl-Jürgen Hanßmann

Motivation

Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Nachrichtenmedien und ein von parteipolitischen und kommerziellen Interessen unabhängiger Rundfunk sind entscheidend für die Demokratie. Während die privaten Nachrichtenmedien Tendenzautonomie bzw. Tendenzschutz haben, ist es Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), Meinungspluralität zu gewährleisten. Die Programme des ÖRR sollen der Information, Bildung und Unterhaltung dienen. Ob und wie die Anforderungen eingelöst werden, in welchem Verhältnis Aufwand und Nutzen stehen und wie der ÖRR organisiert ist und geleitet wird, ist immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Der Reformbedarf ist offenkundig.

Leitgedanke

Mehr Demokratie hat hierzu Vorschläge ausgearbeitet. Leitgedanke ist, dass die Nutzenden und Gebührenzahlenden den ÖRR als ihren eigenen Rundfunk betrachten können. Insbesondere muss dafür die Zusammensetzung und Funktion der Aufsichtsgremien konsequent demokratisiert werden. Da die Medien die Politik kritisch begleiten sollen, können lediglich Vertreterinnen und Vertreter, nicht aber Mandatsträgerinnen und -träger sowie Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber Mitglied der Aufsichtsgremien sein. Journalistische Unabhängigkeit und hohe Programmqualität müssen gewahrt bleiben.

Gemäß des Medienstaatsvertrags sind die Darstellung einer breiten Themen- und Meinungsvielfalt und die Freiheit von Diskriminierung Grundsätze des ÖRR. Unsere Reformvorschläge sind in allen Details darauf angelegt, die Einhaltung dieser Grundsätze zu fördern.

Wir haben die Hoffnung, dass nach grundlegenden Reformen der ÖRR als staatsfernes, konzernunabhängiges und professionelles Medienangebot einen wichtigen, allgemein akzeptierten und ausgewogenen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leisten kann. Eine Mitgestaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch ihre Nutzenden ist notwendig. Eingriffe durch Regierungen lehnen wir ab.

Reformvorschläge

Funktion und Zusammensetzung der Rundfunkräte

Die Bedeutung der Rundfunkräte sollte erheblich aufgewertet werden. Der Rundfunkrat sollte im Rahmen von offenen und transparenten Bewerbungsverfahren nicht nur den Verwaltungsrat und die Intendantin/den Intendanten wählen, sondern die gesamte Geschäftsführung sowie alle programmbezogenen Leitungsfunktionen der Anstalt. Er sollte diese mit 1/3 der Stimmen rügen und mit qualifizierter Mehrheit abberufen können. Überlegenswert wäre, die Intendantin/den Intendanten von der Bevölkerung im jeweiligen Sendegebiet wählen zu lassen. In jedem Fall sollte die Wahl der Intendantin/des Intendanten mit einer öffentlichen und für die Bürgerinnen und Bürger zugänglichen (per Unterschriftenquorum für die Einreichung von Fragen) Konsultation der Kandidatinnen und Kandidaten vorbereitet werden.

Es sprechen gute Argumente für

- das Auslosen,
- das Wählen oder
- die (zum Beispiel) je hälftig geloste und gewählte Besetzung eines Rundfunkrates.

Wichtig ist, dass zukünftig nicht nur die organisierte Zivilgesellschaft in einem Rundfunkrat vertreten ist, sondern auch die (zahlenmäßig weit größere) unorganisierte Zivilgesellschaft. Die Vorschläge für die Kandidaturen aus der unorganisierten Zivilgesellschaft könnten bspw. gelost werden.

Beteiligungsberechtigt sollte die Bevölkerung im jeweiligen Sendegebiet bzw. Bundesland sein; das Mindestalter sollte dem für die jeweilige Landtagswahl entsprechen.

Ein unabhängiger Rundfunk gehört zu den Grundpfeilern einer modernen Demokratie. Wenn Bürgerinnen und Bürger sich auf glaubwürdige Informationen verlassen können, stärkt das das Vertrauen in unsere Institutionen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf daher weder von Regierungen noch von Konzernen vereinnahmt werden – er muss allen gehören.

Funktion der Verwaltungsräte

Die Verwaltungsräte sollten dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft entsprechen. Seine Mitglieder werden vom Rundfunkrat für sechs Jahre gewählt, einmalige Wiederwahl ist möglich. Der Verwaltungsrat sollte den von der Geschäftsführung geleiteten, operativen Betrieb der Rundfunkanstalt überwachen (Genehmigung wesentlicher wirtschaftlicher Entscheidungen, des Haushaltsplans und wesentlicher organisatorisch-struktureller Änderungen). Darüber hinaus sollte er die Wirtschaftsprüfung und die interne Revision gestalten. Die Tätigkeit ist angemessen zu honorieren. ▸

Unabhängige Nachrichten für alle

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland entstand nach 1945 auf Initiative der westlichen Alliierten nach dem Vorbild der BBC: staatsfern, föderal und gebührenfinanziert. 1950 wurde die ARD gegründet, 1963 kam das ZDF hinzu.

Seit den 1980er-Jahren existiert der ÖRR im „dualen System" neben privaten Anbietern. Heute gehören dazu neben ARD und ZDF auch das Deutschlandradio sowie zahlreiche Landesrundfunkanstalten und digitale Angebote.

Finanziert wird er überwiegend durch den Rundfunkbeitrag, ergänzt durch begrenzte Werbe- und sonstige Einnahmen wie Programmverwertung, Fanartikel und Lizenzvergaben. Damit gewährleistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine unabhängige Berichterstattung.

Immer wieder wird der ÖRR reformiert, etwa durch Medienstaatsverträge der Länder. Die jüngste Reform soll Ende 2025 in Kraft treten: Sie sieht unter anderem eine stärkere Kooperation der Sender, die Anpassung von Programmstrukturen und neue Regeln für digitale Angebote vor – mit dem Ziel, den ÖRR schlanker, zeitgemäßer und effizienter zu machen.

Der Verwaltungsrat sorgt für eine möglichst umfassende Transparenz der Ausgaben. Für Mitglieder eines Verwaltungsrats gilt – ähnlich wie für Beamte – ein Mäßigungsgebot.

Erweiterte Programmbeschwerde und Programminitiative

Diese Instrumente sind sinnvoll, um einer Verengung des abgebildeten Meinungsspektrums entgegenzuwirken. Damit wird sichergestellt, dass auch Minderheiten und Minderheitsmeinungen angemessen berücksichtigt werden.

Programminitiativen, Programmbeschwerden und ihre Behandlung durch die Anstalt bzw. den Rundfunkrat sind von den Anstalten in einem jährlichen und zu veröffentlichenden Bericht zu dokumentieren.

Erweiterte Programmbeschwerde

Eine erweiterte Programmbeschwerde wird unter Vorlage von x.000 Unterschriften bei der Intendantin/dem Intendanten eingereicht. Daraufhin müssen die Beschwerdeführenden und die Programmverantwortlichen ins Gespräch gebracht werden. Wurde der Beschwerde aus Sicht der Beschwerdeführenden nicht genüge getan, wird die Programmbeschwerde dem Rundfunkrat vorgelegt. Die Behandlung im Rundfunkrat wird gestreamt. Die Beschwerdeführenden haben ein Rede- und Anhörungsrecht.

Foto: Thomas Trutschel/Imago

Programminitiative

Mittels der Programminitiative können die Personen im Sendegebiet eine Rundfunkanstalt auffordern, ein Thema aufzugreifen. Die Programminitiative löst das Problem des „Agenda-Settings" auf direktdemokratische Weise. Das Instrument kann Input für die Redaktionen liefern, welche Themen stärker im Programm vorkommen sollten. Im Ergebnis kann dies für eine breitere Akzeptanz des ÖRR sorgen.

Die Programminitiative kann mit mindestens x.000 Unterschriften bei der betreffenden Rundfunkanstalt eingereicht werden. Unterschriftsberechtigt sind alle Personen im Sendegebiet ohne Altersbegrenzung. Die Rundfunkanstalt stellt den Vertrauenspersonen vor, wie das Thema in den Programmen berücksichtigt werden soll. Einigen sich Programminitiative und Rundfunkanstalt nicht, kann der Rundfunkrat in einer Programmbeschwerde angerufen werden.

Nach Möglichkeit sollten Initiatorinnen und Initiatoren sowie die Redaktion Einvernehmen erzielen. Einen Anspruch auf eine konkrete Ausgestaltung kann es jedoch nicht geben.

Diversität

Die Anstalten haben dafür Sorge zu tragen, dass in Redaktionen der Querschnitt der Bevölkerung besser abgebildet wird. Die Voraussetzungen zur Aufnahme in das Volontariat sollten abgesenkt werden.

Zur Strukturreform

Die föderale Struktur des Rundfunks und die ARD als Kooperation der Landesrundfunkanstalten sind weiterhin sinnvoll und entsprechen dem Auftrag des Grundgesetzes.

Gestaltung der Rundfunkgebühren

Mehr Demokratie befürwortet eine nutzungsunabhängige Rundfunkgebühr zur Finanzierung des ÖRR. Eine einkommensabhängige Rundfunkgebühr ist anzustreben. Die einzelnen Rundfunkanstalten sollten eigenverantwortlich wirtschaften müssen. Kooperationen zwischen Anstalten sind zwingend. /

Karl-Jürgen Hanßmann
ist Diplom-Informatiker und hat fast 30 Jahre als Referent in der Verwaltungs- und Produktionsdirektion des Norddeutschen Rundfunks gearbeitet. Bei Mehr Demokratie ist er Teil des Hamburger Landesvorstands.

Wir bieten mit Sprechen & Zuhören ein Dialogformat sowohl online wie auch vor Ort an, in dem sich Menschen mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll begegnen können.

www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur

Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social-Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

facebook.com/mehrdemokratie
x.com/Volksentscheid
instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de

MEHR DEMOKRATIE

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX